



Landesprogramm nicht gegen Linksextremismus

Sozialministerin stößt mit ihren Plänen beim Koalitionspartner auf heftigen Widerstand

Wie die Thüringer Sozialministerin Heike Taubert (SPD) am 24. Oktober erklärte, sollen Projekte gegen Linksextremismus nicht mehr mit Geld aus dem Landesprogramm für Demokratie und Toleranz gefördert werden. Sie sagte: „Wir haben in dieser Richtung kein gesellschaftliches Problem, das mit dem Landesprogramm aufgearbeitet werden muss.“

Mit ihren Plänen stößt die Ministerin vor allem beim Koalitionspartner CDU auf heftigen Widerstand. Die Streichung der entsprechenden Mittel sei nicht mit ihnen abgestimmt worden, sagte z.B. die CDU-Landtagsabgeordnete Beate Meißner und sprach von einem „Alleingang der Ministerin“.

Endlich den Realitäten gerecht

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus, begrüßte den Schritt der Sozialministerin, „das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit künftig allein auf die Arbeit gegen Neonazis und rechtes Gedankengut auszurichten, damit wird endlich das Landesprogramm den gesellschaftlichen Realitäten gerecht“.

Die neue Schwerpunktsetzung im Landesprogramm sei ein wichtiger Schritt in der Arbeit gegen Neonazi-Strukturen und rechte Einstellungsmuster in Thüringen. „Der Freistaat muss

sich endlich seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung stellen, die spätestens seit dem Aufliegen des NSU-Terrornetzwerks allen bewusst sein sollte. Frau Taubert geht hier mit gutem Beispiel voran, wenn sie die Realität auch mit der Ausrichtung des Landesprogramms abstimmt“, so Katharina König weiter.

Die Abgeordnete unterstützt die Sozialministerin in ihrer Aussage, dass der so genannte Linksextremismus und islamistische Extremismus in Thüringen kein gesellschaftliches Problem darstellt und deswegen durch ein Förderprogramm aufgearbeitet werden müsste.

„Durch die Umgestaltung der Ausrichtung im Landesprogramm wird der unsäglichen Extremismustheorie, die aktive Menschen wegen ihres Engagements gegen Rechts kriminalisiert und in die ‚Schmuddelecke‘ stellt, endlich eine klare Absage erteilt und die jahrelange Arbeit von antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Projekten anerkannt“, sagte die Abgeordnete der Linksfraction.

„Ich danke der Ministerin für ihren Mut, jene strittigen Passagen endlich zu entfernen, wofür das Landesprogramm lange Zeit in der Kritik stand. Nun besteht auch wieder Hoffnung, dass jene Thüringer Bürgerbündnisse, die vor zwei Jahren der Landesregierung wegen der völlig falschen und fatalen Zielrichtung die Zusammenarbeit aufkündigten, wieder ins Boot geholt werden können“, fügte Katharina König

hinzu. Den Ankündigungen müssten nun Taten folgen: Die zur Verfügung stehenden 2,4 Millionen Euro sollten konsequent in der Arbeit gegen Rechts, gegen rassistische und antisemitische Einstellungen genutzt werden. „Das entspricht nicht nur den gesellschaftlichen Tatsachen, wie sie beispielsweise der Thüringen-Monitor belegt, dies sind wir auch den Hinterbliebenen der Toten von rassistischen und neonazistischen Morden schuldig“, so die Sprecherin für Antifaschismus.

CDU und FDP sind sich einig

Wolfgang Fiedler, Innenpolitiker der CDU-Landtagsfraktion, kritisierte die geplante Neuausrichtung des Landesprogramms als nicht zielführend und aktionistisch. Nur weil der Rechtsextremismus aktuell im Fokus stehe, dürfe der Kampf gegen andere Formen des Extremismus nicht vernachlässigt werden, hatte er gegenüber der Nachrichtenagentur dapd erklärt. Außerdem handele es sich um ein Programm, das innerhalb der CDU-SPD-Koalition abgestimmt worden sei und das Taubert deshalb nicht einseitig ändern könne. „Wir müssen den Rechtsextremismus bekämpfen, ohne auf dem linken Auge blind zu sein“, hatte der FDP-Landtagsabgeordnete Dirk Bergner erklärt. Es dürfe nicht übersehen werden, dass es auch demokratiefeindliche Strömungen am linken politischen Rand und im religiösen Spektrum gebe. ■

KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

Blockierte Experten

Es drängt sich zunehmend der Eindruck auf, dass die von der Thüringer Ministerpräsidentin im September 2011 eingesetzte Expertenkommission zur Verwaltungs- und Gebietsreform sehr bereitwillig die Blockadepolitik der CDU-SPD-Koalition unterstützt.

Jedenfalls passt die am 24. Oktober angekündigte Verschiebung des Termins der Veröffentlichung des Abschlussberichts der Expertenkommission – dieser war eigentlich für November avisiert worden – in das Konzept der Landesregierung, bis zum Ende dieser Wahlperiode im Jahr 2014 das Problem der Verwaltungs- und Gebietsreform auszusetzen.

Dabei ist es nicht nachvollziehbar, dass man erst nach Monaten zu der Erkenntnis kommt, auch das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und künftigen Gebietsgliederungen untersuchen zu wollen. Eigentlich hätte der Auftrag für die Arbeit der Kommission diesen Untersuchungsschwerpunkt von vornherein beinhalten müssen. Aus anderen Bundesländern liegen hierfür umfangreiche Informations- und Erfahrungswerte vor. Die weitere Verzögerung des Abschlussberichts damit zu begründen, scheint mir eine allzu durchsichtige Ausrede zu sein.

Erstaunlich ist zudem, dass das Diskussionsmodell des Präsidenten des Landesrechnungshofs für eine Gebietsreform – es beinhaltet vier Regionalkreise und noch die Kreisfreiheit für Erfurt – bereits jetzt von der Kommission verworfen wird. Es ist unüblich, vor Erstellung eines Abschlussberichts bereits einzelne Modelle für eine künftige Verwaltungs- und Gebietsstruktur auszuklammern.

Es ist nicht auszuschließen, dass auch hier das Gremium der Landesregierung politischen Vorgaben folgt, wonach Strukturvorschläge, die auch von der LINKEN diskutiert werden, ungeprüft in der Versenkung verschwinden sollen.

Die Experten der Kommission sind aufgefordert, alles zu tun, um dem Eindruck des politischen Diktats zu begegnen. Deshalb darf kein Diskussionsmodell von vornherein ausgeschlossen werden.

Frank Kuschel ist kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraction

AKTUELL

Kommunalisierung der Energie

Dass nunmehr die Eon Deutschland ihre Anteile an der Eon Thüringer Energie AG komplett an die Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft (KEBT) verkauft, wird von Bodo Ramelow als „ein richtiger Schritt und eine gute Investition in die Zukunft“ ausdrücklich begrüßt. Damit starten die Thüringer Kommunen gemeinsam das größte Rekommunalisierungsprojekt der Bundesrepublik und sind „echte Trendsetter“.

Dabei müssten Wertschöpfung und regionale Energieproduktion so organisiert werden, dass Thüringen nicht länger darauf angewiesen ist, Strom von anderen Ländern – bisher sind es noch rund 80 Prozent – einzuführen. „Energie sollte dort produziert und verteilt werden, wo man

sie auch verbraucht“, betont der LINKE Fraktionsvorsitzende und sieht darin auch eine Alternative gegen steigende Strompreise durch Netzentgelte und Einspeisegebühren.

Bodo Ramelow hat in die öffentliche Diskussion auch seinen Vorschlag eingebracht, dass begleitend auf diesem Weg eine Stiftung für Nachhaltigkeit – wie in Mecklenburg-Vorpommern mit guten Ergebnissen praktiziert – in Thüringen initiiert wird. „Über Energie-Coaching und -Beratung sollten unsere Kommunen fit gemacht werden für die dezentrale und bürgernahe Energiewende“, betont der LINKE Politiker. „Gemeinsames Handeln wird dieses Beispiel gebende Projekt zum Erfolg führen. Jetzt kommt es darauf an, dass alle Entscheidungsträger an einem

Strang ziehen – von der Landesregierung über die Mandatsträger auf der Landesebene und in den Kommunen bis hin zu den Beschäftigten im Energiesektor. Bodo Ramelow ermuntert ausdrücklich die Bürgermeister und Gemeindevertreter bei der Bildung des Zweckverbandes mitzuwirken, damit die beabsichtigte Rekommunalisierung der Thüringer Energiewirtschaft abgesichert wird.

Der LINKE Politiker bezeichnet die Kommunalisierung der Thüringer Energiewirtschaft als einen „Schatz, der hier gehoben werden muss, das heißt Energieproduktion im ländlichen Raum, das heißt Chancen ergreifen durch Wertschöpfung und Teilhabe und unter Beteiligung vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger“. ■